

Stand: 24.06.2026 16:10:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5405

"Jüdisches Leben in Bayern stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5405 vom 25.02.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5446 vom 26.02.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Erwin Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Oliver Jörg, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Michael Hofmann, Manfred Ländner, Otto Lederer, Tobias Reiß, Klaus Steiner, Peter Tomaschko, Carolina Trautner** und **Fraktion (CSU)**

Jüdisches Leben in Bayern stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Das Judentum ist ein wichtiger Teil Bayerns. Jüdisches Leben zu fördern und zu schützen, ist ein großes Anliegen bayerischer Politik. Die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger, gerade auch jüdischen Glaubens, hat bei uns deshalb höchste Priorität.

Der Landtag wird auch in Zukunft alles dafür tun, dass unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern ihre Heimat haben und sich weiterhin im gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und politischen Leben engagiert einbringen können.

Begründung:

Es gibt neuerdings vermehrt Aufrufe an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger europäischer Länder, nach Israel zu emigrieren. Ohne die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist Bayern jedoch nicht zu denken. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zum gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und politischen Leben. Wer weiß, wie sehr jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger die Entwicklung in Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Kultur in Deutschland und Bayern von jeher vorangebracht und gefördert haben, wird alles tun, damit diese Kultur ihren Reichtum auch weiterhin voll entfalten kann. 70 Jahre nach Ende der Shoah ist jüdisches Leben ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Das Entstehen und Wachsen jüdischer Gemeinden ist eine Bereicherung für unser Land. Der Bayerische Landtag will den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen, dass Bayern ihnen auch in Zukunft lebenswerte Heimat bleiben soll und sie herzlich einladen, weiterhin an der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft mitzuwirken.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Frel-ler, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Erwin Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Oliver Jörg, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Michael Hofmann, Manfred Ländner, Otto Lederer, Tobias Reiß, Klaus Steiner, Peter Tomaschko, Carolina Trautner** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/5405

Jüdisches Leben in Bayern stärken

Das Judentum ist ein wichtiger Teil Bayerns. Jüdisches Leben zu fördern und zu schützen, ist ein großes Anliegen bayerischer Politik. Die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger, gerade auch jüdischen Glaubens, hat bei uns deshalb höchste Priorität.

Der Landtag wird auch in Zukunft alles dafür tun, dass unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern ihre Heimat haben und sich weiterhin im gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen und politischen Leben engagiert einbringen können.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Oliver Jörg

Abg. Claudia Stamm

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ulrike Gote

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)

Jüdisches Leben in Bayern stärken (Drs. 17/5405)

Ich eröffne die Aussprache und darf Herrn Kollegen Jörg ans Rednerpult bitten.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass unseres heutigen Dringlichkeitsantrages ist ein trauriger und ernster. Es gibt neuerdings vehement Aufrufe an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger europäischer Länder, nach Israel zu emigrieren. Uns in der CSU-Fraktion betrüben solche Aufrufe; denn sie spiegeln die zunehmende Verunsicherung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger wider. Wir alle sind über die Anschläge in Paris und Kopenhagen bestürzt. Wir als CSU-Landtagsfraktion verstehen die wachsende Unsicherheit bei unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Wir sagen auch: nie wieder! Wir tolerieren keine Angriffe auf Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern, egal welchen Glaubens. Gegen solche Angriffe wehren wir uns mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft.

70 Jahre nach Ende der Shoa ist jüdisches Leben erfreulicher- und dankenswerterweise ein wichtiger Bestandteil unserer bayerischen Gesellschaft. Darauf sind wir alle sehr, sehr stolz. Das Entstehen und Wachsen jüdischer Gemeinden ist eine Bereicherung für unser Land. München hat mit über 9.000 Mitgliedern die zweitgrößte Gemeinde in ganz Deutschland.

Liebe Frau Präsidentin, geschätzter Kollege Rosenthal, als Würzburger Abgeordnete wissen wir aus unserer Heimatstadt: Das Judentum ist ein essenzieller Teil bayerischer Geschichte. Seit 1147 leben Juden in Würzburg. Würzburg hat heute mit über 1.000 Gemeindemitgliedern eine lebendige jüdische Gemeinde. Das macht mich als örtlichen Stimmkreisabgeordneten froh. So wurde 2006 nach fünfjähriger Bauzeit ein neues jüdisches Gemeinde- und Kulturzentrum eröffnet, das den wunderschönen und gleichzeitig offenen Namen Shalom Europa trägt. Ich bin der Bayerischen Staatsregie-

rung, vor allem auch unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm genauso wie dem Stiftungsdirektor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten Karl Freller, der heute leider grippebedingt nicht dabei sein kann, äußerst dankbar, dass sie sich nicht nur dort im Besondern, sondern generell für das jüdische Leben in ganz Bayern so engagiert einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Das Judentum ist in bayerischen Städten nicht nur an eindrucksvollen Bauten sichtbar, sondern ist auch ein fester Bestandteil unseres Alltags. Heute nehmen wir mit unserem Dringlichkeitsantrag keine parteipolitisch motivierte Haltung ein, sondern wollen – möglichst mit Zustimmung aller Mitglieder in diesem Hohen Haus – ein klares und damit umso eindrucksvolleres Zeichen aus dem Maximilianeum an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes senden: Jüdisches Leben ist in Bayern nicht nur sehr gewünscht, Bayern braucht jüdisches Leben.

(Allgemeiner Beifall)

Bayern wäre ohne jüdisches Leben nicht vorstellbar. Beispielsweise hat wie kaum ein anderer Literat Lion Feuchtwanger die bayerische Literatur geprägt. Unsere Kulturlandschaft wäre ohne viele jüdische Künstlerinnen und Künstler undenkbar. Ich nenne nur den Dirigenten Hermann Levi, der die Bayerische Staatsoper im 19. Jahrhundert zum internationalen Glanz gehoben hat. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jüdischen Glaubens haben maßgeblich mitgeholfen, dass Bayern ein führendes Forschungs- und Universitätsland wurde. Bayern hat dem Judentum selbstverständlich auch wirtschaftlich und gesellschaftlich viel zu verdanken.

Wir wissen – ich denke an die Orte Dachau, Nürnberg und München -, dass wir wegen unserer Vergangenheit heute und für alle Zukunft in ganz besonderer Weise Verantwortung für den Schutz des Judentums in Bayern tragen. Für uns hat die Sicherheit aller Mitbürgerinnen und Mitbürger – gerade auch jüdischen Glaubens – oberste Prio-

rität. Ich danke insbesondere den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren Einsatz im Objekt- und Personenschutz.

(Allgemeiner Beifall)

Ein aktives jüdisches Leben ist uns wie Ihnen allen ein großes Anliegen. Der Freistaat Bayern fördert nicht nur jüdisches Leben aus Gründen der religiösen Vielfalt und Toleranz. Für uns sind aktive jüdische Gemeinden nicht nur eine Frage von Religionsfreiheit. Sie sind auch das Gesicht einer lebendigen Demokratie und der facettenreichen Tradition Bayerns. Das Judentum hat ganz Bayern maßgeblich geprägt. Unsere jüdisch-christlichen Wurzeln bilden die Wertgrundlagen unserer bayerischen Gesellschaft ganz besonders. Unsere Bayerische Verfassung, die kommendes Jahr 70 Jahre alt wird, atmet diesen Geist.

Der Bayerische Landtag wird auch in Zukunft alles dafür tun, dass unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern ihre Heimat haben. Wir möchten alle jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger herzlich einladen, unsere gemeinsame Zukunft weiterhin mitzugestalten. Wir bitten Sie: Engagieren Sie sich auch weiterhin! Das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Leben braucht Sie. Wir garantieren Ihnen, liebe jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger: Wir werden alles in unserer Kraft Stehende dafür tun, Ihre Sicherheit und die Sicherheit Ihrer Einrichtungen zu gewährleisten. Ich bitte Sie alle, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Stimmen Sie bitte unserem Antrag zu! Bayern hat nicht nur eine stolze Tradition jüdischen Lebens. Nein, jüdisches Leben soll auch in Zukunft Bayern bereichern. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Claudia Stamm das Wort.

Claudia Stamm (GRÜNE): Lieber Kollege Jörg, wir sind natürlich völlig bei Ihnen, wenn es gilt, jüdisches Leben in Bayern zu schätzen, willkommen zu heißen und zu fördern. Ich würde mir aber wünschen, dass wir sowohl hier im Parlament als auch andernorts jüdisches Leben immer in den uns bekannten, von Ihnen zum Teil genannten Personen, die ich persönlich auch kenne und sehr schätze, als jüdisches Leben wahrnehmen.

Es gibt auch eine liberale jüdische Gemeinde namens Beth Shalom, die sich sehr freuen würde – gerade, weil das Wort "fördern" in Ihrem Antrag vorkommt -, wenn sie auch eine Förderung von staatlicher Seite bekommen würde. Ich kann auch Ängste entkräften, indem ich sagen kann, dass sich auch die orthodoxe und die liberale jüdische Gemeinde einander annähern. Es wäre an der Zeit, ein Zeichen zu setzen und auch für deren Projekt und deren Zentrum, das mit einem ganz berühmten Architekten in Verbindung steht, hinsichtlich der Förderung die gleichen Maßstäbe wie auch sonst anzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oliver Jörg (CSU): Liebe Kollegin, vielen Dank für diesen Hinweis. Lassen Sie uns diesen Hinweis gemeinsam mitnehmen. Aber lassen Sie uns nicht heute diesen Hinweis dieser Debatte zuführen, und lassen Sie uns auch nicht die einen oder die anderen jüdischen Mitbürger zum Gegenstand der Debatte machen, sondern lassen Sie einfach ein geschlossenes Signal aus dem Hohen Hause nach ganz Bayern hinaus-schallen, dass wir hinter den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im gesamten Bayern stehen. Vielen, vielen Dank Ihnen für die Aufmerksamkeit, aber auch für diesen Hinweis.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Rosenthal das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Betreff des Dringlichkeitsantrags der CSU-Fraktion lautet: "Jüdisches Leben in Bayern stärken". Kollege Jörg hat schon auf einige aus seiner Sicht wichtige Punkte hingewiesen.

Ich möchte zu Beginn den Satz in Erinnerung rufen: Wer die Vergangenheit vergisst, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland dankbar und demütig sein und bleiben sollte, dass nach der Shoa wieder jüdisches Leben in Deutschland, auch in Bayern, existiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass die zögerliche Aufarbeitung im Nachkriegsdeutschland, auch in Bayern, uns – und auch den jüdischen Gemeinden – in tiefer Erinnerung bleibt. Es ist gerade einmal 50 Jahre her, dass ein Einzelner, Oberstaatsanwalt Fritz Bauer, fast im Alleingang den Auschwitzprozess eröffnete. Das war 1963. Erst damit begann die Aufarbeitung in Deutschland – 18 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg! Was dazwischen war, war fernab von Aufarbeitung. Das ist in den jüdischen Gemeinden präsent, und das ist nicht wegzudenken.

Juden sind aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken – auch insoweit stimme ich Ihnen zu. Dieser Satz ist richtig, aber er reicht nicht aus, Herr Kollege Jörg; denn Antisemitismus und Rassismus haben sich in der Mitte der deutschen Gesellschaft etabliert und sind leider auch nicht wegzudenken. Untersuchungen zeigen, dass je nach Fragestellung harter Antisemitismus immerhin 15 % unserer Gesellschaft betrifft. Bis zu 25 % unserer Gesellschaft haben antisemitische Einstellungen.

(Zuruf von der CSU: Auch namhafte politische Linke!)

Da wird das Ideal einer offenen, liberalen Gesellschaft von der Wirklichkeit herausgefordert.

Es ist an der Zeit, uns zu erinnern, dass es nicht ausreicht, über das reiche jüdische Erbe, das unsere Gesellschaft ohne Zweifel hat, nachzudenken, sondern dass es auch eine jüdische Gegenwart gibt. Wie sieht der jüdische Alltag zurzeit aus? - Polizeischutz an jüdischen Kindergärten, Schulen und Kulturzentren – das ist die Normalität. Erkennen wir noch, dass wir das schon als bedenklich einstufen sollten? Sicherheit ist wichtig; insoweit haben Sie sicherlich recht. Aber der soeben beschriebene Zustand ist auch ein Menetekel für den alltäglichen ostentativen Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie alle im Hohen Haus: Welche gesellschaftlichen Antworten geben wir? Welche Programme haben wir, um die Forderung unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck mit Leben zu füllen:

Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben. Er gehört zur Geschichte dieses Landes.

Aber zur Geschichte dieses Landes gehört auch, dass wir eine Zuwanderungsgesellschaft sind. Viele Menschen können mit den Begriffen Shoa und Holocaust gar nichts anfangen und begreifen nur mühsam, dass sie heute Teil dieses deutschen Erbes sind. Wenn Sie sich mit Kindern, die aus Osteuropa zugewandert sind, unterhalten, hören Sie: Wieso ich? Meine Eltern, meine Großeltern waren Opfer der Nazibarbarei. Wieso soll ich mich heute zu dieser deutschen Schuld bekennen? Wieso soll ich als Deutscher dazu Stellung nehmen?

Das heißt doch aber, dass wir alle als Demokraten aufgerufen sind, sehr behutsam mit unseren Worten umzugehen. Da schaue ich gerade in die CSU-Landtagsfraktion und

erinnere an die Debatten, die wir zu Griechenland, zu Rumänien, zu Russland, zu Osteuropa generell hatten. Die Erinnerung an die Vergangenheit ist dort präsenter, als wir es wahrhaben wollen. Wir brauchen ein Miteinander der unterschiedlichen Kulturen und Religionen in Europa. Sie dürfen nicht in unterschiedlicher Art und Weise bewertet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme gerade von einem Besuch aus dem südlichen Afrika zurück. Wenn Sie durch Cape Town gehen, begegnen Sie auch dem Holocaust. Wenn Sie durch Cape Town gehen, werden sie darauf angesprochen - von deutschen Familien, denen das sehr präsent ist und die nach Europa schauen.

Ich zitiere Nelly Sachs, die sagte: "Ich habe keinen Ort mehr auf der Welt. Es ist ortlos, wo ich bin."

Sie konnte dem Holocaust entfliehen und fand Schutz in Schweden.

Kollege Jörg, Sie haben soeben Benjamin Netanjahu zitiert; er hat nämlich diesen Aufruf an die Juden Europas veröffentlicht, nach Israel auszuwandern. Ich antworte so, wie der französische Regierungschef Manuel Valls geantwortet hat: Ich bedaure die Appelle des Kollegen Netanjahu. Auch im Wahlkampf ist nicht jede Äußerung erlaubt. - Ich glaube, diese Antwort ordnet es richtig ein.

Zum Schluss Charlotte Knobloch:

Ein Exodus der europäischen Juden nach Israel ist keine Lösung der massiven Gefährdung durch islamistischen Terror... Wer in Europa Juden angreift, greift die gesamte europäische Gesellschaft und ihre freiheitlichen Werte an.

Darauf müssen wir mit Bildungs- und Fortbildungsangeboten antworten; das beginnt schon in den Schulen. Dafür müssen wir im Haushalt des bayerischen Freistaates die

notwendigen Gelder zur Verfügung stellen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Pohl, Sie stehen bereit. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Islam gehört zu Deutschland – für mich eine Selbstverständlichkeit. Diese Selbstverständlichkeit hat ihre Wurzeln in unserer christlich-jüdischen Werteordnung, wie sie im Grundgesetz verkörpert ist. Es ist eine Werteordnung, die geprägt ist von Toleranz und Miteinander, nicht von Ausgrenzung und Gegeneinander. Ausgrenzung und Gegeneinander mussten unsere jüdischen Mitbürger nicht nur in der Geschichte, sondern müssen sie auch heute bitter erfahren. So wichtig und notwendig es ist, dass wir unsere grausame Geschichte, die Geschichte des Dritten Reiches, nicht vergessen und unsere Schuld nicht relativieren, so wichtig ist es, dass wir auch in der Gegenwart hinschauen, wenn unseren jüdischen Mitbürgern wieder Unrecht getan wird, wenn es wieder zu Ausgrenzung und Herabwürdigung kommt.

Am 9. November 2008 hat unsere Kanzlerin zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht gesagt: "Die Sicherheit Israels zu schützen, ist Teil der Staatsräson Deutschlands."

Damit meinte sie natürlich Israel als Staat, aber sie meinte auch die jüdischen Mitbürger in unserer Gesellschaft.

Es gibt eine sehr gefährliche Tendenz der extremen Rechten und der extremen Linken in Deutschland, die einen Unterschied machen wollen zwischen Juden und Israeliten, zwischen Juden und Israel. Ich greife ein paar dieser Dinge heraus. Ich bin der CSU-

Fraktion für diesen Antrag sehr dankbar; denn es lohnt sich, darüber zu diskutieren und sich darüber Gedanken zu machen, was wir dagegen tun können.

Ein sogenanntes Friedensforum startet in Bremen einen Boykottaufruf für Supermärkte mit Waren aus Israel. Das kommt uns bekannt vor. Am 9. November 2009 gab es in meiner Heimat einen Aufruf zu einer Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht, auf der unter anderem gegen die Verbrechen Israels demonstriert werden sollte. Am 4. April 2012 wurde von Günter Grass ein unsägliches Gedicht mit dem Titel "Was gesagt werden muss" veröffentlicht. Schon allein die Diktion "Was gesagt werden muss" ist mehr als verräterisch und erinnert an eine Zeit, an die wir uns eigentlich nicht gern erinnern, weil sie für unser Land eine Schande ist. Hier wurde Israel mit dem Iran auf eine Stufe gestellt und Israel unterstellt, es plane einen atomaren Erstschlag. 9. November 2014: Abgeordnete der Linkspartei im Deutschen Bundestag laden judenfeindliche Publizisten in den Bundestag ein. Gregor Gysi hat das gestoppt. Daraufhin hat die Bundestagsabgeordnete Annette Groth in einem Interview gesagt, aus den Opfern von einst seien heute Täter geworden.

Wer die heutige Presse anschaut, stellt fest, dass der Zentralrat der Juden warnt und vom Tragen der Kippa in Problembezirken Deutschlands abrät. Der traurige Höhepunkt war im Juli letzten Jahres, in dem es nicht nur Pro-Gaza-Demonstrationen von Palästinensern, sondern auch Antifa-Bewegungen gab, die "Nazimörder Israel" geschrien haben. Es fällt mir schwer, dieses Wort auszusprechen. Das passiert in Deutschland. Das kann und darf uns nicht egal sein. Wir Demokraten müssen da deutliche Worte finden, aber auch einschreiten, wenn Grenzen überschritten werden. Ich fand es sehr positiv und ermutigend, dass eine breite Mehrheit der Gesellschaft gezeigt hat, auch öffentlich und in Gegendemonstrationen, an der Spitze auch die Kanzlerin: So nicht!

Juden hatten es schwer, Juden haben es schwer – vielleicht weil unter ihnen, wie Herr Kollege Jörg angesprochen hat, überdurchschnittlich viele herausragende Persönlichkeiten sind, und Eliten erzeugen Neid. Ich möchte noch einen Namen hinzufügen –

hier in München sollte man das tun –, nämlich Kurt Landauer, Präsident des FC Bayern München von 1947 bis 1951. Ihm haben dieser Club und der Freistaat Bayern sehr viel zu verdanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag der CSU selbstverständlich zu. Wir bedanken uns für diesen Dringlichkeitsantrag, weil er richtig und wichtig ist. Er ist wesentlich wichtiger als das, was wir manchmal in scheinbarer Verbissenheit in diesem Parlament für wichtig halten und sehr emotional gegeneinander diskutieren. Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gote, bitte.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die jüngsten antisemitischen Vorfälle und die brutalen Morde in Paris und Kopenhagen schockieren uns zutiefst. Diese Gewalttaten und diesen Terror verurteilen wir scharf. Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer. Wir wollen alles dafür tun, dass antisemitischer Terror, Angriffe in Wort und Tat gegenüber Juden und Jüdinnen, Antisemitismus und Judenhass in unserer Gesellschaft, unter uns, nicht stattfinden.

Wir wollen dem Antisemitismus jeglichen Nährboden entziehen. Deshalb unterstützen wir selbstverständlich den Dringlichkeitsantrag der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit jeher beobachten wir mit großer Sorge, wie sich antisemitische und rassistische Überzeugungen und Einstellungen bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft hinein verfestigt haben und weiter verfestigen. Das trifft uns alle. Es trifft alle Parteien, alle Ge-

werkschaften, alle Kirchen, also alle gesellschaftlichen Gruppen, nahezu unabhängig vom sozialen Hintergrund, vom Bildungshintergrund oder vom Geschlecht.

Wie tief judenfeindliche Vorurteile und Einstellungen in unserer Gesellschaft verankert sind, haben verschiedene Forschungsergebnisse in der Vergangenheit deutlich gemacht. Erschreckenderweise nahm Bayern bei der Zustimmung zu antisemitischen Thesen mit 16,6 % eine beschämende Spitzenposition in Deutschland ein, wie bereits die 2008 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie "Bewegung in der Mitte" gezeigt hat.

Wir GRÜNEN haben aktuell eine weitere Studie mit Befragungen aus den Jahren 2012 und 2014 in Auftrag gegeben, die diese Befunde in erschreckender Weise bestätigt. 12,6 % der Bayern teilen antisemitische Aussagen; im Bundesgebiet sind es vergleichsweise – in Anführungszeichen – "nur" 8,4 %. Der Aussage, die Juden nutzten die Erinnerung an den Holocaust für ihren eigenen Vorteil aus, stimmten in Bayern 43,1 % zu. 32,3 % der befragten Bayern sind der Meinung, dass Juden auf die öffentliche Meinung in diesem Land zu viel Einfluss hätten. Fast 40 % sagen, Juden hätten zu viel Einfluss und Kontrolle an der Wall Street. Fast 30 % sagen: Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.

Antisemitismus ist vor allem im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zu sehen. Wer Antisemitismus allein oder wie neuerdings mehr als Problem der Muslime in Deutschland betrachtet, liegt falsch. Eine Anfrage meiner Kollegin Katharina Schulze hat ergeben, dass in Bayern in den letzten Jahren nahezu alle antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten dem Bereich "Politisch motivierte Kriminalität rechts" zugeordnet werden müssen. Das ist also kein importiertes Problem.

Michel Friedman sagt zu Recht: "Antisemitismus ist ein Angriff auf den Vertrag, in einer modernen, demokratischen Gesellschaft zu leben, Menschen nicht zu diskriminieren." Wir fordern deshalb eine klare Haltung aller demokratischen Parteien gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Eine Gesellschaft, die dem Antisemitismus kei-

nen Raum geben will, darf auch Islamophobie nicht tolerieren. Beides gehört zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Völlig zu Recht wies auch der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, darauf hin. Schuster sagte in einem Interview der Zeitung "Die Welt", die Angst vor islamistischem Terror werde „instrumentalisiert“, um eine ganze Religion "zu verunglimpfen". Das wiederum sei "absolut inakzeptabel".

Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns heute im Landtag einig, dass Deutschland und Bayern für Juden und Jüdinnen eine sichere Heimat sein muss und wir uns Rassismus und Antisemitismus gemeinsam entgegenstellen wollen. Weil das so ist, müssen wir über diesen Dringlichkeitsantrag hinaus, der unsere gemeinsame Haltung bekräftigt, zu einem gemeinsamen Handeln kommen. Deshalb fordern wir für Bayern ein ressortübergreifendes Konzept gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Gerade auf dem Gebiet der Präventions-, Sozial- und Bildungsarbeit brauchen wir zum Schutz jüdischer Einrichtungen und Moscheen ganz sicher Maßnahmen im Sicherheitsbereich. Daneben brauchen wir aber im Bereich der Präventions-, der Sozial- und Bildungsarbeit deutlich stärkere Anstrengungen der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entscheidend ist für uns im Kampf gegen Ausgrenzung und Gewalt die Stärkung und Förderung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich für eine moderne, eine offene, eine tolerante Gesellschaft einsetzen. Wir haben kürzlich im Verfassungsausschuss unseren Antrag zu einer Weiterentwicklung und Evaluierung des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus diskutiert. Leider sind Sie unserem Antrag nicht gefolgt.

Es ist nicht alles gut in Bayern. Auch unser Handlungskonzept gehört evaluiert. Wir müssen doch sehen, ob die Maßnahmen wirklich greifen, ob sie gegen Antisemitismus wirken. Von der Staatsregierung wird uns aber gesagt: Das ist gar kein Programm gegen Rassismus, sondern nur gegen rechtsextremistische Gewalt. Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen aber ein Programm gegen Rassismus, gegen Antisemitismus in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gab auf Bundesebene einen unabhängigen Expertenkreis "Antisemitismus", der seine Schlussfolgerungen 2011 vorgelegt hat. Diese Empfehlungen liegen seitdem in der Schublade. Wir müssen die konkreten Handlungsempfehlungen dieses Expertengremiums endlich umsetzen. Wir müssen die vom Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung garantierte Gleichstellung aller Religionen und Weltanschauungen vorantreiben. Das müssen wir hier in unserem Land tun. Dazu gehört es auch, dass wir Juden und Jüdinnen, aber auch Muslime und Muslima im öffentlichen Raum sichtbar machen, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass bei jedem Staatsakt, an dem christliche Vertreter teilnehmen, eben auch Juden und Muslime teilnehmen, und zwar nicht im Publikum, sondern vorne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es braucht aber noch mehr. Ich denke, wir alle und alle politisch Verantwortlichen in diesem Land müssen das eigene Reden kritisch überprüfen. Wer es ernst meint mit diesem Antrag, sollte sich in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr einer Sprache bedienen, die der von Rassisten und Antisemiten gefährlich nahekommmt. Er sollte nicht gleiche oder ähnliche Begrifflichkeiten verwenden wie diejenigen, die wir bekämpfen wollen. Er sollte alles unterlassen, was anknüpfungsfähig ist für die Feinde unserer toleranten demokratischen Gesellschaft und was Antisemitismus, Islamophobie, Rassismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit salonfähig macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er oder sie sollte den Begriff des christlich-jüdischen Abendlandes aus dem aktiven Wortschatz streichen. Eine christlich-jüdische Symbiose, die in eine irgendwie geartete Leitkultur dieses Landes mündete, gab es in Deutschland nie. Eine jahrhundertelange Tradition der Verfolgung, Diskriminierung und Pogrome in Deutschland und anderen europäischen Staaten gegen Juden und Jüdinnen bestimmt viel mehr das historische Bild des christlich-jüdischen Verhältnisses. Die Berufung auf die Werte des christlich-jüdischen Abendlandes blendet sowohl die deutsche Geschichte des Antisemitismus als auch den gegen Migranten und Migrantinnen gerichteten Rassismus aus. Zudem wird für eine säkularisierte Gesellschaft ein omnipräsenter religiöser Identitätsbezug hergestellt, der mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr übereinstimmt.

Neben der ausgrenzenden Wirkung gegenüber allen, die nicht dem Christlich-Jüdischen zuzuordnen sind, wird aber auch die jüdische Kultur und Religion wieder mit Zuweisungen versehen. So schreibt der ehemalige Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland Salomon Korn, dass in dieser Debatte und der um das christlich-jüdische Abendland den Juden wieder eine Rolle zugewiesen werde, die er als "Funktionsjude" umreißt. Er sagt, die Deutschen brauchen die anderen, um zu sagen, wer sie selbst sind oder sein könnten. Neuerdings würden die "Funktionsjuden" in die christlich-jüdische Kulturdebatte inkorporiert, um gemeinsam gegen den neuen Fremden, den Islam, anzugehen.

Diese Gedanken, Kolleginnen und Kollegen, finden sie gut und verständlich ausgeführt in einem Artikel von Marcus Meier in der Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" aus dem Jahr 2013 unter dem Titel "Fallstricke bei der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus".

Also bitte, verabschieden wir uns alle, verabschieden Sie sich vom christlich-jüdischen Abendland. Diese Debatte heute zeigt, dass wir alle miteinander noch einen weiten

Weg vor uns haben, hin zu einer Gesellschaft ohne Rassismus und ohne Antisemitismus. In unserem Land ist Menschenwürde das höchste Gut, die Würde jedes Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Menschenrechte und die Demokratie sind unsere Werte. Dazu gehört die Religionsfreiheit. In dieser Gesellschaft sollte es kein "Wir und die anderen" mehr geben, sondern nur noch ein "Wir" -

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

wir Juden und Jüdinnen, wir Moslems und Muslima, wir Christen und Christinnen, wir Konfessionslose, wir Atheisten und Atheistinnen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/5405 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf mich beim Hohen Haus, bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr, sehr herzlich bedanken für dieses Signal nach draußen, nicht nur an die Menschen in Bayern, sondern auch darüber hinaus. Danke schön!

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5406 bis 17/5412 sowie 17/5436 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.